

Außerordentliche Delegiertenkonferenz des GEW-Bezirksverbandes Hannover

Kräfte bündeln für die Abwehr der Schulgesetznovelle

Der GEW-Bezirksverband führte zum Auftakt der Auseinandersetzung mit der Schulgesetznovellierung eine Veranstaltung durch, die auf großes Interesse stieß. Über 170 KollegInnen kamen, um sich über den Stand der Diskussion zu informieren und um darüber zu beratschlagen, welche Schritte unternommen werden sollen, um einerseits die KollegInnen vor Ort in den Schulen auf den neuesten Stand zu bringen und andererseits Maßnahmen zur Gegenwehr zu organisieren.

Zunächst zog Eberhard Brandt, GEW-Landesvorsitzender, in seinem Referat einen großen politischen Bogen über die neoliberale Politik (WTO, GATS, die Hafen-Richtlinie, die EU-Dienstleistungsrichtlinie) zur Aushebelung, Auflösung und Zerstörung von Tarifverträgen zu Gunsten von einzelvertraglichen Vereinbarungen. Brandt forderte die massive Gegenwehr der Gewerkschaften zur Verteidigung und Weiterentwicklung von Tarifverträgen. Angestellte und Beamte müssten diesen Widerstand gemeinsam mittragen und dürften sich nicht auseinander dividieren lassen.

Auch für den Bereich der Bildungspolitik kritisierte Brandt scharf den Versuch der Einführung von marktwirtschaftlichen Bedingungen. Das Konzept der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) habe in der OECD einen mächtigen Verbündeten, der marktgerechte Ordnungsprinzipien zur Durchsetzung auf Schule übertragen wolle. Die OECD habe zehn Kriterien aufgestellt, um Schulstrukturen und Bildungsinhalte über Output-Daten zu steuern, damit Eltern nur noch die vermeintlich besten Schulen anzusteuern bräuchten (Ranking).

Widerstand gegen die Schulgesetznovelle

Brandt führte auf Niedersachsen bezogen aus, dass hier ebenfalls die Qualitätsentwicklung von Schule im wesentlichen über die Output-Steuerung stattfinden soll. Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen schürten die Konkurrenz zwischen den Schulen („gut“ – „schlecht“). Die Funktion des Schulleiters beinhalte die Verantwortung für die Qualitätsentwicklung: Er solle „Garant für den Erfolg“ werden, indem er z.B. Zielvereinbarungen mit den einzelnen KollegInnen abschließen müsse.

Nach dem Gesetzentwurf wolle das Kultusministerium die Stellung des Schulleiters stärken, kritisierte Brandt scharf. „Er hat die Position eines Lidl-Marktleiters: Kaum Einfluss auf das von der Lidl-Zentrale festgelegte Verkaufssortiment, aber er kann das Personal knechten und hat die Qualitätsverantwortung!“

Schulleiter bekommt Position eines Marktleiters

Brandts Kritik an der Schul- und Bildungspolitik der Landesregierung und an den Novellierungsplänen, bezog sich u.a. auf diese Punkte:

- Bildungsstandards versus Leistungsstandards
- Selektionsinstrumente im dreigliedrigen Schulsystem („Klassenputzen!“)
- Bestimmung der Kerncurricula verhindert den weitergehenden Schulwechsel
- Überforderung der Schulleitungen bei der Übertragung von personellen Zuständigkeiten (Einstellung, Versetzung usw.) in beamteten- und tarifrechtliche Vorschriften und Gesetzen
- Keine adäquate Qualifizierungs- und Freistellungsregelungen der Personalvertretungen

In Ländern wie England (LehrerInnengewerkschaft NUT boykottiert Vergleichsarbeiten), Wales (Sets sind wieder abgeschafft) und Schottland (anglistisches System wird nicht übernommen) seien bereits seit den 80er Jahren Erfahrungen mit ähnlichen neoliberalen Bildungsvorstellungen gemacht worden. Sie führten nicht zu mehr Chancengleichheit, sondern zu mehr Privatisierung. Brandt: „In England werden Schulen zum Verkauf angeboten, weil die Kommunen pleite sind. – Soll ein Autohändler Schulen kaufen?“

Zum Schluss warnte er energisch vor weiteren Privatisierungen im Bildungsbereich, z.B. der Einrichtung von Stiftungsschulen in Niedersachsen (vgl. Osnabrück, wo kirchliche Träger eine Schule einrichten wollen) und einem weiteren Einfluss der Wirtschaft auf die Schule (Stichwort: „Private Public Partnership“).

Brandt forderte die KollegInnen auf, Personalversammlungen zu initiieren, und wies darauf hin, dass am 16. Mai 2006 eine a.o. GEW-Landesdelegiertenversammlung in Braunschweig stattfinden wird.

In einer Resolution lehnte die Versammlung einmütig die von der Landesregierung geplanten Schulgesetzänderungen ab. Bevor sich die KollegInnen im zweiten Teil der a.o. BDK in regionale Arbeitsgruppen aufteilen, appellierte die Bezirksvorsitzende Sigrid Henze-Künnemann an die Versammelten, sich in den nächsten Wochen als „widerständig“ zu erweisen: „Denn wenn wir viele sind, können wir dieses Schulgesetz abwehren!“ Sie wies darauf hin, dass Kolleginnen und Kollegen des GEW-Bezirksverbandes Hannover für

Personal-, OV- und Kreisversammlungen angefragt werden können.

Warnung vor Privatisierungen im Bildungsbereich

In den Arbeitsgruppen setzten sich die Kolleginnen und Kollegen zusammen und entwarfen gebündelt konkrete Handlungsschritte zu den Themenschwerpunkten

- Personalversammlungen
- Aufträge an die Orts- und Kreisverbände
- Aktionen

Das Interesse und die Zufriedenheit der KollegInnen mit dem Thema und dem Ablauf war groß – jetzt gilt es, die vielen Handlungsvorschläge in den Schulen und in den Orts- und Kreisverbänden umzusetzen, um den Widerstand gegen die Novellierungspläne mit kreativen Aktionen in die Öffentlichkeit zu bringen. Diese politische Kraftanstrengung ist an allen Orten notwendig.

Das AG-Protokoll kann über die GEW-Geschäftsstelle (Telefon 05 11 / 66 20 14, E-Mail: gew.hannover@t-online.de) angefordert werden.

nj



Auseinandersetzung mit der Schulgesetznovelle. Der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt bei seinem Referat vor dem Bezirksverband Hannover. Mit auf dem Foto die Vorstandsmitglieder Silke Beu, Thomas Martin, Sigrid Henze-Künnemann und Jutta Nolte (von links).

Foto: Nils Johannsen